

Israelischer Minister auf »privatem« Besuch in Washington

»Demokraten« der USA wollen sich von Netanjahu absetzen. Ziel der israelisch-Golf-arabischen »Normalisierung« bleibt

Anders als für den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat das Weiße Haus in Washington für den ehemaligen Oberkommandierenden der Israelischen Streitkräfte und früheren Kriegsminister Benny Gantz den Roten Teppich ausgerollt. Gantz, der bei den Wahlen im November 2022 als Führer der Partei der Nationalen Einheit gegen Netanjahu antrat, gehört seit dem 7. Oktober 2023 zusammen mit dem amtierenden rechtsradikalen Kriegsminister Yoav Gallant dem Kriegskabinetten von Netanjahu an.

Premier Netanjahu, der seit Dezember 2022 eine Regierung aus Rechtsextremen und radikalen Siedlervertretern in Israel führt, wartet seit Amtsantritt auf eine Einladung ins Weiße Haus. Aus Zorn über die Washingtonreise, für die Gantz sich Berichten zufolge von Netanjahu keine Erlaubnis geholt hatte, war die israelische Botschaft angewiesen worden, keine Unterstützung zu leisten. Die Reise sei »privat«, ließ ein israelischer Regierungssprecher verlauten. Man wüschte Gantz »viel Glück«.

John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus bestätigte, Gantz habe um Gespräche in Washington gebeten. »Wenn ein Mitglied des israelischen Kriegskabinetts (...) mit uns über den Fortschritt des Krieges sprechen will«, werde man die Gelegenheit nicht ablehnen, so Kirby.

Empfangen wurde Benny Gantz am Montag von Vizepräsidentin Kamela Harris, es folgten Treffen mit Jake Sullivan, dem nationalen Sicherheitsberater der Biden-Administration, und mit dem Son-



Benny Gantz (l.) wurde am Dienstag von Chuck Schumer, Mehrheitsführer im USA-Senat, zu einem privaten Treffen im Kapitol empfangen. Die Gespräche mit Vizepräsidentin Harris fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt

(Foto: J. Scott Applewhite/AP/dpa)

derbeauftragten des Weißen Hauses für den Mittleren Osten Brett MacGurk. Gantz lieferte Mitgliedern des Komitees für außenpolitische Beziehungen im USA-Senat eine Lagebeschreibung über den Krieg in Gaza und traf mit dem Mehrheitsführer im Senat Chuck Schumer von der Demokratischen Partei und dem republikanischen Minderheitenführer im Senat Hakeem Jeffries zusammen. Am Dienstag traf Gantz mit Kriegsminister Lloyd Austin und Außenminister Antony Blinken zusammen. Von Washington reiste Gantz weiter nach London, wo er nach einer Besprechung mit dem britischen Außenminister David Cameron den Rückflug nach Israel antrat.

Innenpolitik in Israel und in den USA

Benny Gantz gilt als wichtigster politischer Gegner von Netanjahu, der schon vor dem

7. Oktober 2023 unter großem innenpolitischen Druck stand. Gantz war von 2011 bis 2015 Oberkommandierender der Israelischen Streitkräfte und 2020 bis 2022 Kriegsminister. In dieser Zeit war er für mindestens zwei Angriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen verantwortlich. Als Kriegsminister verbot er 2021 sechs palästinensische Organisationen der Zivilgesellschaft als »terroristisch«: Al Haq (für Menschenrechte); Addameer (Unterstützung von Gefangenen); Palästina International (Verteidigung von Kinderrechten); Bisan Zentrum (Forschung und Entwicklung); die Union der palästinensischen Frauenkomitees und die Union der Komitees für Landwirtschaftliche Arbeit. Seit Oktober 2023 ist Gantz Mitglied im Kriegskabinetten. Aktuelle Umfragen zeigen Benny Gantz und die Partei der Nationalen Einheit im Aufwind.

Politische Analysten weisen allerdings auf die Ergeb-

nisse der jüngsten Lokalwahlen hin, bei denen die ultraorthodoxen Parteien, die religiösen Zionisten und die rechts-extremen, rassistischen Gruppen beachtliche Zustimmung erhielten. Sie seien zwar nur in wenigen Gemeinden organisiert, so Alastair Crooke, langjähriger britischer Diplomat und ehemaliger Berater von Javier Solana, dem früheren EU-Beauftragten für Außenpolitik. Crooke leitet heute das »Conflicts Forum« mit Sitz in Beirut. Das demokratische Lager in Israel, das die Proteste gegen Netanjahu vor dem Gaza-Krieg geführt hatte, sei nicht in der Lage gewesen entsprechend stark bei den Wahlen aufzutreten, so Crooke. Die Likud-Partei und die rechtsextreme Partei der Jüdischen Vorherrschaft mit dem aktuellen Minister für Nationale Sicherheit Ben Gvir näherten sich dagegen immer weiter an, so die israelische Zeitung »Haaretz«. Gesellschaftlich bedeute das den »Verlust der Freiheit«, so Haaretz.

Washington nutzte den Besuch von Benny Gantz, um nach außen Differenzen mit Netanjahu zu demonstrieren. Alle Treffen fanden hinter verschlossenen Türen statt, doch die »Times of Israel« zitierte »hochrangige Beamte«, die an den Treffen teilnahmen. Man habe die »mangelhafte Planung« des Krieges und der Sicherheit der Zivilbevölkerung kritisiert, berichtete die »Times of Israel«. Die Katastrophe im Norden von Gaza, wo »Dutzende Palästinenser getötet wurden«, als sie auf einen Konvoi mit Hilfsgütern warteten, habe das deutlich gemacht.

Das palästinensische Gesundheitsministerium in Gaza

spricht unter Berufung auf Ärzte lokaler Kliniken von mehr als 100 Toten, die u.a. durch gezielte Schüsse israelischer Soldaten getötet worden waren. Das wäre nicht geschehen, wenn Israel mehr getan hätte, um sicherzustellen, daß humanitäre Hilfe die Zivilbevölkerung erreiche, so die Beamten gegenüber der israelischen Zeitung. Die Abwesenheit einer Verwaltung im Norden von Gaza habe gezeigt, wie der gesamte Gazastreifen aussehen werde, sollte der Krieg zu Ende gehen, berichten die Beamten nach den Gesprächen. Israel müsse eine »tragfähige Alternative zur Herrschaft der Hamas aufbauen«, die Israel ja zerstören wolle.

Biden-Administration im Wahlkampf

Das Ziel Israels für den Gazastreifen liegt nur in Nuanzen von dem Ziel der USA für die Region entfernt. Während in Israel die Vertreibung der Palästinenser sowohl aus Gaza als auch aus dem Westjordanland, die Aneignung der verbliebenen Reste von Palästina, Besiedlung und Vorherrschaft offen diskutiert werden, wollen die USA die israelisch-US-amerikanische Vorherrschaft in der Region anders sichern.

Washington will die arabischen Golfstaaten gewinnen, um mit einer »wiederbelebten Palästinensischen Autonomiebehörde« (PA) den Gazastreifen – anstelle der Hamas – zu verwalten und wiederaufzubauen. An vorderster Stelle soll dafür Saudi-Arabien gewonnen werden, das seine Beziehungen mit Israel gleichzeitig »normalisieren« und militärisch ausbauen soll. Im Gegenzug soll Israel zustimmen,

einen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit der Hauptstadt in Ostjerusalem anzuerkennen. Damit soll alle Kritik an Israel zum Verstummenden gebracht werden, das bereits mehr als 78 Prozent des Bodens eines solchen palästinensischen Staates kontrolliert, wirtschaftlich nutzt und besiedelt hat.

Washington braucht dieses Ergebnis nicht nur, um Israel regional abzusichern und den Einfluß Chinas, Rußlands, des Iran und der anderen BRICS-Staaten zurückzudrängen. Die Biden-Administration braucht dieses Ergebnis vor allem, um die Präsidentschaftswahlen im November erneut zu gewinnen. Um die wachsende Kritik unter den Wählern der Demokratischen Partei an der einseitigen Unterstützung Israels gegen die Palästinenser zu entschärfen, war der Besuch von Gantz in Washington nützlich und ein Beleg dafür, daß man nicht ausschließlich auf Benjamin Netanjahu und seine rechtsextreme Regierung setzt.

Vizepräsidentin Kamela Harris nutzte sogar eine Erinnerungsveranstaltung der Bürgerrechtsbewegung, die 1964/65 unter Einsatz ihres Lebens das Allgemeine Wahlrecht für farbige US-Amerikaner erstritt, um den scheinbaren Schwenk der USA-Politik in Sachen Gaza zu verkünden. Humanitäre Hilfe müsse die Menschen in Gaza erreichen, sagte Wahlkämpferin Harris werbewirksam vor der Brücke von Selma, und forderte einen sofortigen Waffenstillstand. Der wird von den USA im UNO-Sicherheitsrat allerdings seit Oktober 2023 mit Veto blockiert.

Karin Leukefeld

Schwarz-Grün rüstet Österreich auf

Nicht das Heer, die Pflege braucht Milliarden

Günter Hofbauer, Generalmajor und Chefplaner des österreichischen Bundesheers, fordert, »das Bundesheer muß kriegsfähig gemacht werden«. Klaudia Tanner, die ÖVP-Ministerin für Landesverteidigung, jubelt: »Wir investieren 18 Milliarden Euro in nur vier Jahren«. Im Beisein von Presse und Bundeskanzler Karl Nehammer unterzeichnete sie einen Vertrag für 225 Transportpanzer »Pandur« über 1,8 Milliarden Euro. »Bei drei Milliarden Euro aber dürfte die Gesamtinvestitionssumme des Bundesheeres für Beschaffung, Ausbildung, Logistik und Infrastrukturmaßnahmen liegen«, begeistert sich General Dynamics European Land Systems Steyr (GDELS) über den Milliardendeal. Es ist das »größte Paket, das wir jemals im Bereich der Landstreitkräfte investiert haben«, strahlte Ministerin Tanner.

Seit 1994 wurden insgesamt 177 Stück beschafft, jetzt auf einen Schlag 225. Wozu werden so viele gebraucht? »Jetzt beginnt eine neue Zeit im österreichischen Bundesheer« frohlockte der Kanzler der schwarz-grünen



Marin Reischer, Geschäftsführer von General Dynamics European Land Systems Steyr, Armeeministerin Klaudia Tanner, Bundeskanzler Karl Nehammer, und Rudolf Striedinger, Generalstabschef des österreichischen Bundesheers, unterzeichnen am 19. Februar die Verträge für neue Radpanzer »Pandur«

(Foto: Roland Schlager/APA/dpa)

Regierung bei der Vertragsunterzeichnung im GDELS-Werk. Man habe jahrzehntlang zu wenig getan für die militärische Landesverteidigung, nun befinde man sich in einem permanenten Prozeß des Nachrüstens.

Drei Tage später geben sie bekannt, daß diese »Transportpanzer« mit einer »Superwaffe«, so die »Kleine Zeitung«, gegen Drohnen und ballistische Flugkörper – dem »Skyranger 30« – bestückt werden. Tanner präsentiert

mit dem Chef von Rheinmetall Air Defence Details über den »auch international Aufsehen erregenden« Deal. Österreich erhalte als erster Kunde in Europa das noch in Entwicklung befindliche Flugabwehrsystem. Mit der Bestellung der

36 Stryker habe man die Nase knapp vor der deutschen Bundeswehr, die zunächst 19 Stück für ihre »Boxer«-Radpanzerflotte ordern wird.

Ein anderer große Schritt ist der Beitritt zu »Sky Shield«. Er wird Österreichs Steuerzahler zwei Milliarden Euro kosten. Je vier Kurz- und Mittelstreckensysteme der deutschen Firma Diehl werden gekauft. Wie die »Krone« berichtet, sollen auch Langstreckenwaffen mit bis 200 Kilometer Reichweite angeschafft werden, erstmals eine Langstreckenabwehr. Bis zu vier Milliarden Euro stehen dafür ab 2027 zur Verfügung. Selbst in der medialen Öffentlichkeit gibt es Bedenken, ob das mit der Neutralität Österreichs vereinbar sei. Und hinter ihr stehen 88 Prozent der hier lebenden Menschen.

»Wir werden noch mehr in militärisches Gerät und Ausrüstung investieren«, droht Ministerin Tanner, zum Beispiel 36 Mehrzweckhubschrauber. Dabei handle es sich nicht bloß um notwendiges Gerät für die Truppe, sondern auch um Investments in die heimische Wirtschaft – die

Pandur-Fahrzeuge und auch die militärischen Lkw werden unter anderem in Österreich hergestellt.

Grundlage ist der auf zehn Jahre ausgelegte »Aufbauplan Bundesheer 2032«. Darin wird die Budgeterhöhung auf 5,25 Milliarden Euro im Finanzrahmen bis 2026 festgelegt sowie ein »Bekenntnis zu weiterhin steigenden Budgets« in den Jahren 2027 bis 2032. Schon 2019 forderte der grünaffine Armeeminister und ehemalige Adjutant von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Thomas Starlinger, eine Verdoppelung der Militärausgaben auf 5,6 Milliarden Euro. Genau diesen Weg, von 0,6 hin zu 1,5 Prozent des BIP, setzt Schwarz-Grün jetzt um.

Geld, das für bezahlbares Wohnen, für Pflege, Gesundheit, Bildung und Soziales fehlt. »Wir brauchen keine militärische Aufrüstung, schon gar keine NATO-Mitgliedschaft, sondern ein Bundesheer, das für Katastropheneinsätze gut gerüstet ist«, vertritt die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr ihre Position zur Aufrüstung in Europa.

Anne Rieger